

KOMMENTAR



Empathie-Versagen

Wie die Kanzlerin im Umgang mit Opfern scheiterte

► GREGOR MAYNTZ (BERLIN)

Wie oft hatte die Regierung es bereits vor dem 19. Dezember 2016 gesagt, dass Deutschland im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus stehe und ein Anschlag nicht ausgeschlossen werden könne? Zehn Mal? Hundert Mal? Tausend Mal? Jedenfalls einmal zu wenig, um selbst darüber nachzudenken, auf was es im Falle eines derart schlimmen Falles zu achten gilt. Es ist schwer nachzuvollziehen, dass die Warnungen vor dem Fadenkreuz die Behörden beim Umgang mit Opfern kalt erwischt. Dabei gibt es viel geschultes Personal, das mit den Folgen von Zugunglück-Katastrophen oder Loveparade-Panik umzugehen gelernt hat.

Grausam

Nur Terror, das war dann ein Fall für die kriminalistische Spurensuche, die schnelle Fahndung und des baldigen Vertuschens von Einschätzungsfehlern im Zusammenhang mit dem Täter. Das war kein Fall für Opfer. Die Behörden waren auf diesen Aspekt schlecht vorbereitet. Die Berliner Landesregierung fühlte bald, dass die Opfer einen Ansprechpartner brauchten. Die Bundesebene ließ sich ein Vierteljahr Zeit dafür. Erst danach kam es zu einer kritischen Durchsicht der auf Fahndungsoptimierung und Vorschriftenerfüllung ausgelegten Verhaltensweise. Wenn sich die Spitzen des Staates vor den Todesopfern verneigen, die Angehörigen zur selben Zeit wegen einer Nachrichtensperre aber noch nicht wissen dürfen, ob der Vermisste unter den Toten ist, dann ist das ungewollt zynisch. Auf jeden Fall ist es grausam.

Es gehört zur behördlichen deutschen Effizienz, Fehler genau aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen. Vielleicht klappt es nächstes Mal besser. Doch auch der Bundestag brauchte ein Jahr, um sich für eine bessere Opferentschädigung auszusprechen. Es darf nicht bei der beklemmenden Lösung bleiben, dass Terroropfer von der Verkehrshilfe besser entschädigt werden, wenn Täter ein Fahrzeug als Waffe missbrauchen.

Es besteht die Hoffnung, dass Kanzlerin Angela Merkel nach der Ansage des Bundestages und nach ihrem eigenen Versprechen dann auch zügig an die Verbesserungen herangeht. Wenigstens gehört die Effizienz zu ihren Stärken. Die Erwartungen von Empathie an eine Kanzlerin erfüllte sie indes nicht. Schon in den ersten Tagen nach dem Anschlag wirkte ihre spröde Sprache irritierend. Wo Helmut Schmidt als erste Reaktion auf Terror seinen „tiefen Zorn“ den Tätern entgegen-schleuderte, wünschte Merkel den Fahndern „gutes Gelingen“. Und einem nach Orientierung suchenden Volk verkündete sie: „Eine einfache Antwort darauf habe ich auch nicht.“ Zu diesem Duktus passte es, die Zuständigkeiten zu durchdenken. Teilnahme an einer Trauerfeier? Abgehakt. Kontaktaufnahme mit den Angehörigen? Sache der örtlichen Behörden. Staatliches Bekunden von Mitgefühl? Macht der Bundespräsident. Fertig.

Ihr Treffen mit den Opfern kam fast ein Jahr zu spät. Dem staatlichen Behördenversagen muss somit ein Empathie-Ausfall hinzugefügt werden.

► az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

„Mehr Frauen in den Bundestag“

Die Zeit dumpfer Pöbeleien sei weitgehend vorbei, sagt die Aachener Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD). Trotzdem hätten Frauen es immer noch schwerer, weil sie nach dem Aussehen beurteilt würden.

Aachen/Berlin. Die politische Karriere begann mit einem Spruch: „So hässlich bist du doch gar nicht, dass du in die Politik gehen musstest“, wurde Ulla Schmidt von einem SPD-Genossen am Anfang der 90er Jahre begrüßt. Das Zitat ist ein paar Jahre alt, die Debatte über den alltäglichen Sexismus ist gerade wieder aktuell. Und die Aachener Abgeordnete und Bundestagsvizepräsidentin vertritt klare Positionen – auch im Gespräch mit Redakteur Christoph Pauli.

Sie kommen gerade von einer Dienstreise aus den USA. In dem Land haben auch Frauen einen Präsidenten gewählt, der sich unglaublich zynisch und frauenfeindlich äußert. Warum findet er dennoch Zustimmung?

Schmidt: Das ist für mich auch kaum nachvollziehbar. Trump ist ja nicht nur offensichtlich frauenfeindlich, er ist auch rassistisch, er verachtet Gruppen, die er für minderwertig hält. Immer noch gibt es einen Kampf der weißen Männer, die um ihre Privilegien gegenüber Frauen und auch gegenüber der schwarzen Bevölkerung fürchten. Trump wurde auch von Frauen gewählt, die gar nicht an einer Gleichstellung interessiert sind. Unverändert gibt es nicht nur Männer, sondern auch Frauen, die zum Beispiel Vergewaltigung in der Ehe hinnehmen.

In der BRD ist das seit genau 20 Jahren unter Strafe gestellt worden, als es eine fraktionsübergreifende Initiative gab, an der Sie federführend mitgewirkt haben. Registrieren Sie ein anderes Frauenbild?

Schmidt: Es gibt eindeutig mehr Sensibilität gegenüber Frauen. Die plumpe Anmache, die ich als junge Politikerin erlebt habe, kommt seltener vor. Es ist die Ausnahme, nicht mehr der Alltag.

Je weiter Frauen in männlichen Terrain vordringen, desto drastischer erfolgt die Gegenreaktion. Viele moderne Frauen möchten darauf vertrauen, dass dieses Denken eine Generationenfrage sei und sich im Lauf der Zeit von selbst überholt.

Schmidt: Zumindest die jüngere Männer-Generation ist anders aufgewachsen. Sie hat ein anderes Frauenbild. Aber damit sind nicht alle Vorurteile beseitigt. Bis heute werden Frauen immer noch anhand ihres Äußeren beurteilt. Wer gut aussieht, wird gleichzeitig als ein bisschen dumm eingestuft. Es funktioniert aber nicht mehr so flächendeckend. Dazu hat beigetragen, dass es mehr Frauen in wichtigen Funktionen gibt. Der Sohn einer Kollegin hat letztes gefragt, ob Martin Schulz wirklich Kanzler werden kann. Er kannte nur Angela Merkel in dem Amt.

Haben Sie diese Frauenfeindlichkeit am eigenen Leib in Ihrer Karriere erlebt?

Schmidt: Sexismus bedeutet nicht automatisch sexuelle Übergriffe, sondern die Bewertung aufgrund des Geschlechts und nicht der in-



Zu Beginn ihrer Zeit als Gesundheitsministerin wurde sie nach Äußerlichkeiten beurteilt: die Aachener SPD-Frau Ulla Schmidt (SPD). Foto: dpa

dividuellen Fähigkeiten. Dem sind Frauen auch heute nach wie vor ausgesetzt. Er beginnt schon mit der Frage: Kann die Frau diese Aufgabe überhaupt bewältigen? Diese Frage habe ich noch nie über einen Mann gehört. Oder wird gefragt, ob ein Mann seine familiären Pflichten vernachlässigt, wenn er eine Aufgabe übernimmt?

„Männer beziehen sich fast nur auf Männer.“

ULLA SCHMIDT (SPD), BUNDESTAGSABGEORDNETE

Bei Angela Merkel wird immer noch über Frisur und Falten berichtet. Ich kenne nicht einen Artikel, der sich mit den Gesichtszügen von Horst Seehofer oder Markus Söder beschäftigt. Das ist der Alltags-Sexismus. Wenn Frauen sich streiten, ist das Zickenkrieg, wenn sich Männer in der CSU in einem unfaßbaren Maße streiten, wird das als eine politische Auseinandersetzung registriert. Sie waren fast neun Jahre selbst eine exponierte Ministerin. Haben Sie Themen wie Kleidung, Haare, Figur begleitet?

Schmidt: Am Tag meiner Vereidigung als Gesundheitsministerin gab es abends bei Sat 1 eine Diskussion. Die Frage tauchte auf: „Kann eine Frau dieses Amt überhaupt be-

kleiden, es geht ja schließlich um viel Geld?“ Es war nicht zu fassen. Wäre die Frage gestellt worden, wenn ein Ulrich Schmidt Minister geworden wäre? Dann wurde sich mit meiner Tonmelodie beschäftigt und anderen Nebensächlichkeiten. Es sind Machtspiele, weil eine Frau in eine Männerdomäne eingebrochen war. Dieser Sexismus verschwindet erst, wenn sich eine Frau fachlich über einen Zeitraum beweist.

Ist Politik nicht unverändert ein vermintes Feld, weil der Männeranteil so hoch ist?

Schmidt: Meine Antwort ist, dass mehr Frauen in den Bundestag einziehen müssen. Wir brauchen einen gleichberechtigten Geschlechtereinfluss, eine gleiche Verteilung von Macht und Einfluss – das ist auch eine Frage der Demokratie.

Registrieren Sie im Bundestag einen unterschiedlichen Umgang mit Frauen in den einzelnen Parteien?

Schmidt: Bei SPD und bei den Grünen würde sicher kein Mann eine sexistische Bemerkung wagen. Je mehr Frauen in den Fraktionen sind, desto größer ist die Hemmschwelle. Bei der AfD mit acht Frauen ist die Rolle wohl eine andere.

Soziologen beobachten, dass in Debatten Redebeiträge von Frauen gern ignoriert werden. Wenn eine

Frau das Gleiche oder das Gleiche besser gesagt hat, beziehen sich die Männer fast nie auf die Frau – sondern auf den Mann. Ist das auch Ihre Beobachtung?

Schmidt: Definitiv. Männer beziehen sich fast nur auf Männer.

Sie haben als Bundestagsvizepräsidentin den Überblick: Steigt der Lärmpegel, wenn Frauen ans Rednerpult treten?

Schmidt: Das ist nicht mehr so. Der Bundestag hat einen weiten Weg hinter sich gebracht. Was war das für ein Aufstand, als die erste Frau im Bundestag im Hosenanzug redete (14. Oktober 1970; d. Red.), oder wenn die Grüne Waltraud Schoppe über Feminismus referierte? Die Zeit der Pöbeleien, wenn eine Frau ans Rednerpult geht, ist vorbei.

Im Düsseldorfer Landtag haben in der letzten Legislaturperiode zwölf SPD-Frauen einen Coach engagiert und an seinem „Arroganztraining“ teilgenommen. Sie haben Schlagfertigkeit und das konkrete Verhalten in Situationen geübt. Gibt es solche Initiativen auch im Bundestag?

Schmidt: Ich will das nicht ausschließen, habe aber noch nie davon gehört.

Warum schweigen so viele Sexismus-Opfer, warum melden sie sich nur großflächig, wenn es eine Protestwelle gibt?

Schmidt: Weil man als Frau immer die Folgen des Protest abwägen muss. Man muss damit rechnen, dass man anschließend öffentlich diskriminiert wird. „Sie hat es darauf angelegt“, ist immer noch eine übliche Reaktion. Waren Sie mal in einem Gerichtsverfahren, bei dem es um Vergewaltigung geht? Bis heute muss sie sich dort rechtfertigen. Um das aushalten zu können, muss man schon sehr stark sein.

Die wievielte Debatte über Sexismus erleben Sie gerade?

Schmidt: Es sind ungezählte, aber jede ist wichtig. Ich habe angefangen mit der Debatte über Frauenrechte, 1968/69, als die Frauen nach der Heirat zu Hause selbstverständlich bei den Kindern blieb. Die Unterdrückung der Frauen habe ich damals noch nicht gesehen. Je intensiver ich mich politisch interessiert und engagiert habe, desto wichtiger ist mir das Thema geworden. Frauen müssen in der Lage sein, sich ihre Existenz zu sichern. Erst das bedeutet Freiheit.

Schmidt war bis 2009 Gesundheitsministerin

Ulla Schmidt, geboren am 13. Juni 1949 in Aachen, war von 2001 bis Oktober 2009 Bundesministerin für Gesundheit. Die SPD-Politikerin hatte das Amt damit acht Jahre und neun Monate inne, bislang war auf Bundesebene niemand länger als Ministerin für das Ressort Gesundheit zuständig als Schmidt. Von 2013 bis Oktober dieses Jahres war Schmidt Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

ZUR PERSON

Bernhard Vogel wird 85



► BERNHARD VOGEL CDU-Politiker

Bernhard Vogel ist ein Rekord-Regent. Der CDU-Politiker ist der einzige Ministerpräsident, der je ein Land in West- und in Ostdeutschland regiert hat. Und: So lange wie er stand kein anderer in Deutschland an der Spitze von Landesregierungen. An diesem Dienstag wird der gebürtige Göttinger 85 Jahre alt.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bescheinigte ihm schon vor einigen Jahren „historische Einmaligkeit“. Mit einem „Gott schütze Rheinland-Pfalz“ verabschiedete sich Vogel 1988 schweren Herzens von seinem Bundesland, nachdem er in der Landes-CDU einen offenen Machtkampf verloren hatte. Rund zwölf Jahre hatte Vogel an Rhein und Mosel regiert. Nach dreijähriger Pause war er dann noch mehr als elf Jahre Ministerpräsident in Thüringen. So kamen 23 Jahre Regierungszeit in West und Ost zusammen.

Erste Schritte im Stadtrat

Die ersten politischen Schritte machte Vogel 1963 im Stadtrat in Heideberg. Helmut Kohl holte Vogel nach Mainz. 1976 folgte er ihm als Regierungschef in Rheinland-Pfalz nach. In seine Regierungszeit fiel der Start des privaten Rundfunks 1984. Nach Jahren mit absoluter Mehrheit für die CDU musste Vogel von 1987 an mit der FDP regieren. Ein Jahr später unterlag er Hans-Otto Wilhelm bei der Wahl der CDU-Spitze und trat im Streit um die Trennung von Landesvorsitz und Ministerpräsidentenamt auch als Regierungschef zurück. Nach dem politischen Erdbeben wurde er 1989 Vorsitzender der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Sein Motto lautete: „Was auch immer du tust, tu es klug und bedenke das Ende.“

1992 kam Vogel nach Erfurt – Kanzler Kohl hatte ihn gefragt, ob er das Amt übernehmen wolle. Vogel folgte dem glücklosen Josef Duchac. Als Landesvater war Vogel beliebt. Er vermittelte den Thüringern Selbstbewusstsein. Zuerst regierte er mit der FDP, dann mit der SPD, dann mit absoluter Mehrheit – die Krönung seiner Laufbahn. Die Opposition aus PDS und SPD warf der CDU „Arroganz der Macht“ vor. Er übergab das Zepter des CDU-Landeschefs an Kronprinz Dieter Althaus, der ihm 2003 an die Spitze der Regierung folgte.

Glücksfall für Thüringen

Vogel wurde danach auch für das Amt des Bundespräsidenten gehandelt. Schon zuvor hatte er den Posten des Chefs der Adenauer-Stiftung wieder übernommen. Das blieb er bis 2009, seit 2010 ist er Ehrenvorsitzender. Die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner bezeichnete Vogel als einzigartig. Er sei ein sehr erfolgreicher politischer Macher mit enormer Integrationskraft und großem Weitblick. „Sein Wirken hat Rheinland-Pfalz und Thüringen entscheidend geprägt.“ Für die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) personifiziert Vogel „wie kein anderer die deutsche Wiedervereinigung“. Thüringens Landtagspräsident Christian Carius (CDU) würdigte ihn als Glücksfall für das Land.

Vogel, ein ewiger Jungeselle, lebt in Speyer. Der promovierte Politologe suchte stets das Verbindende und galt als Diplomat. Im Gegensatz zu seinem Bruder, dem früheren SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, zeigte er sich eher abwartend. Er ist noch auf vielen Terminen zu sehen wie bei der Beerdigung von Altkanzler Kohl in diesem Jahr. Er meldet sich auch immer noch zu Wort. So rief er die Jamaika-Sondierer dazu auf, Einzelinteressen zurückzustellen. Seinen Geburtstag verbringt Vogel nach dem Rummel beim 80. entspannt im Ausland. Der Ort ist geheim. (dpa)

AUS ANDERER SICHT

Altersvorsorge: Ist Riestern bald europaweit möglich?

Private Altersvorsorge ist wichtig und gut, die Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes ebenso. Da sollte man doch meinen, dass das Vorhaben der EU, einen Binnenmarkt für die private Altersvorsorge zu schaffen, uneingeschränkt Zustimmung verdient. Im Prinzip wäre das auch so. Nur leider ist es nicht zu Ende gedacht.

Der Reihe nach: In vielen Ländern der EU fördert der Staat die private Altersvorsorge erheblich mit Steuervergünstigungen und Zulagen, in Deutschland etwa über die „Riester-Rente“. Doch was passiert, wenn ein Arbeitnehmer ins EU-Ausland umzieht? Dann hat es sich ausgerüstet. Er darf seinen Riester-Vertrag nicht fortsetzen und kann lediglich in



Lüder Gerken

Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik

der neuen Heimat einen neuen Vertrag nach dortigem Recht abschließen. Ähnliches gilt in anderen EU-Ländern.

Um das Problem zu beseitigen, hat die EU-Kommission jetzt ein Gesetz vorgelegt, das es insbesondere Versicherungsunternehmen ermöglichen soll, „europaweite private Altersvorsorgeprodukte“ anzubieten. Im EU-Jargon heißen diese Pepp, vom englischen „Pan-European Pension Product“. Danach kann jedes Versicherungs-

unternehmen, das in der EU ansässig ist, Pepps EU-weit anbieten. Voraussetzung dafür ist, dass es in alle EU-Mitgliedsländer mitgenommen werden kann. Wenn etwa ein deutscher Arbeitnehmer nach Italien umzieht, kann er in sein Pepp auch in Italien weiter einzahlen. Für die in Deutschland geleisteten Einzahlungen gilt deutsches Recht, für die in Italien geleisteten Einzahlungen italienisches. Aber es bleibt dieselbe Rentenversicherung.

Das klingt zunächst gut. Der Arbeitnehmer muss sich nicht auf die Suche nach einer neuen Rentenversicherung machen. Und die Versicherer verlieren ihre Beitragszahler nicht. Aber ist es auch tatsächlich gut? Ob Pepps für die Arbeitnehmer interessant

sind, hängt davon ab, ob die EU-Staaten ihnen die Steuervergünstigungen und Förderungen gewähren, die für nationale Versicherungsverträge gelten.

Könnte die EU das nicht vorschreiben? Nein, denn das Steuerrecht fällt in deren Zuständigkeit. Die EU-Kommission hat immerhin einen zaghaften Versuch unternommen und eine – unverbindliche – „Empfehlung“ an die Staaten gerichtet, ihre Steuersysteme Pepp-freundlich auszurichten, damit sie überhaupt eine Chance haben. Doch die Rückmeldungen aus den einzelnen Ländern lassen erwarten, dass die Bereitschaft dazu äußerst gering ist. Und darum ist das ganze Vorhaben zum Scheitern verurteilt.

► az-politik@zeitungsverlag-aachen.de